

Inhalt

1. Umweltgeschichte und Umweltzukunft im 21. Jahrhundert	9
2. Internationale Probleme, deutsche Antworten	35
Das Kaiserreich als Wendezeit	
3. Krisenjahre	63
Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft	
4. Heimat, Schmutz und Reformpolitik	81
Ambivalenzen im Wirtschaftswunderland	
5. Die erste Globalisierung der Umweltdebatte	103
Gemeinsame Probleme 1945–1973	
6. Umwelten der siebziger Jahre	119
Sozialliberale Reformen, gesellschaftliche Aufbrüche, Atomprotest	
7. Zwischenbetrachtung	137
Wieso kam es zur Ökologischen Revolution?	
8. Ein bundesdeutscher Sonderweg	151
Die ökologischen achtziger Jahre	

9. Die zweite Globalisierung der Umweltdebatte . . .	169
Gemeinsame Verträge 1987–1992	
10. Vom planwirtschaftlichen Aufbruch zum Raubtierkapitalismus im Dienste des Realsozialismus	177
Die seltsame Karriere der DDR	
11. Konsolidierung und Krise	191
Ökologische Fragen in Deutschland seit 1990	
12. Ansichten einer Baustelle	215
Eine Umwelt-Bilanz	
Nachwort	233
Anmerkungen	235
Auswahlbibliographie	267
Bildnachweis	273
Register	275

4. Heimat, Schmutz und Reformpolitik

Ambivalenzen im Wirtschaftswunderland

Kaum etwas hat die Bundesrepublik so nachhaltig geprägt wie die ungewöhnlich lange Zeit der Hochkonjunktur, die 1950 als eine Nebenfolge des Koreakriegs einsetzte und nahezu ungebrochen bis zur ersten Ölpreiskrise 1973 anhielt. Es war die deutsche Variante eines Phänomens, das alle westlichen Industrienationen erfasste. Die Wirtschaft brummte wie nie zuvor und sorgte für ein hohes Maß gesellschaftlicher Stabilität; Historiker sprechen vom »goldenen Zeitalter« des westlichen Kapitalismus. Vor dem Hintergrund der Kriegserfahrung wirkte die bundesdeutsche Entwicklung geradezu märchenhaft, und es ist metaphorntechnisch passend, dass sie als »Wirtschaftswunder« Eingang in den deutschen Mythenschatz fand. Im Zeichen des Massenkonsums entstand eine neue Wohlstandsgesellschaft, deren Folgen bis in die Gegenwart zu spüren sind, so etwa in der verbreiteten »Fixierung auf einen tiefverankerten Wachstumsfetischismus«.¹

Die Leitsektoren des Booms waren die klassischen Branchen des Industriezeitalters: Kohle und Stahl, Chemie und Elektrotechnik sowie mit wachsendem Gewicht die Automobilindustrie. Das lässt bereits erahnen, dass der Boom ganz erheblich auf Kosten der natürlichen Umwelt ging. Die Verschmutzungslasten schossen bedenklich in die Höhe, zahlreiche Straßen wurden erweitert oder neu gebaut, und Gewerbeflächen und Neubau-

gebiete breiteten sich in rasantem Tempo aus. Das Häuschen im Grünen, mit Konsumprodukten vollgestopft und mit Auto vor der Tür, bescherte auch Durchschnittsverdienern einen ökologischen Fußabdruck, den vormals nur eine schmale gesellschaftliche Elite vorzuweisen hatte. Arne Andersen und Christian Pfister prägten dafür schon vor zwei Jahrzehnten den Begriff »1950er Syndrom«.² Neuere Arbeiten unter dem Eindruck der Anthropozän-These lassen erkennen, dass es sich hier um eine welthistorische Zäsur im Verhältnis des Menschen zu seinem Planeten handelt.³

Eine Sensibilität für Umweltprobleme scheint in dieses Panorama nicht so recht hineinzupassen. Solche Themen scheinen eher in die Zeit *nach* dem Konsumrausch zu gehören, als die Folgen ins Bewusstsein rückten. Tatsächlich gewannen Umweltthemen aber schon in den fünfziger Jahren eine neue Prominenz, und das ist auf den zweiten Blick auch gar nicht so verwunderlich. Vom Standpunkt des 21. Jahrhunderts ist es naheliegend, ökologische Themen mit Konsumverzicht und Wachstumskritik zu assoziieren, aber diese Verbindung ist historisch keineswegs zwingend. In der Gesellschaft der fünfziger Jahre war eher der umgekehrte Zusammenhang plausibel: Umweltschutz als *Teil* des gesellschaftlichen Wohlstands. Viele Umweltprobleme dieser Zeit waren noch unmittelbar sinnlich wahrnehmbar. Es ging um Entwaldung und Naturzerstörung, schmutziges Wasser und dreckige Luft. Was in Zeiten des Hungers noch notgedrungen akzeptiert worden war, störte nun die ersehnte Behaglichkeit und Gemütlichkeit. Die Umweltdebatte *avant la lettre*, die sich seit den frühen fünfziger Jahren in beiden deutschen Staaten zu entwickeln begann, war deshalb zunächst keine Gegenbewegung zum Wirtschaftsboom, sondern ein Komplementärphänomen. Warum sollte man die Belastung der Umwelt klaglos akzeptieren, wenn das Leben doch sonst immer angenehmer wurde?

Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand deshalb der Schutz des eigenen Lebensumfelds. Das erscheint aus heutiger Sicht leicht ein wenig borniert, wenn nicht gar als Flucht vor den großen umwelthistorischen Umbrüchen der Nachkriegszeit. Ande-

rerseits wäre es kurzfristig, interessengeleiteten Protest a priori unter Generalverdacht zu stellen, zumal persönliche Interessen dem Protest eine besondere Nachdrücklichkeit verliehen. Zudem muss man das politische Klima der Adenauerzeit in Rechnung stellen. Verwestlichung und Demokratisierung waren noch uneinheitliche und umstrittene Entwicklungen, und Phänomene offener Gesellschaften wie Großdemonstrationen trafen in erheblichen Teilen der Bevölkerung auf habituelle Vorbehalte. Die alte Garde des Naturschutzes war ohnehin auf die klassischen Verfahrenswege des deutschen Obrigkeitsstaates programmiert und äußerte sich vorzugsweise in Eingaben und Verhandlungen hinter den Kulissen. »Selbst das Sammeln von Unterschriften wurde von Kommunalpolitikern bisweilen schon als verdächtiger Sabotageakt aufgefasst«, schreibt Ute Hasenöhrle in ihrer Studie der bayerischen Naturschutzbewegung.⁴ Als der Oberbayerische Bezirkslehrerverband 1960 gebeten wurde, für eine Demonstration gegen ein Wasserbauprojekt am Lech ältere Schüler zu mobilisieren, schloss sich sogleich die Mahnung an, die Teilnehmerzahl möge bitte nicht einen Bus überschreiten.⁵

So waren die Grenzen des Protests in mehrfacher Hinsicht ausgesprochen eng, und doch verdient es Beachtung, dass hier nach Jahrzehnten des Stillstands wieder etwas in Bewegung kam. Es waren nicht zuletzt Umweltthemen, mit denen sich der deutsche Untertan zum selbstbewussten Staatsbürger emanzipierte. Der Kampf um den Erhalt der Wutachschlucht im Südschwarzwald hielt zum Beispiel eine ganze Region in Atem. Auslöser war ein Staudammprojekt des Schluchseewerks, mit dem der Großteil des Wassers aus dem Tal der Wutach abgeleitet und zur Erzeugung von Spitzenstrom genutzt werden sollte. Die Wutachschlucht war ein wildes, canyonartig eingeschnittenes Flusstal, das im 19. Jahrhundert einen Ruf als romantische Naturattraktion gewonnen hatte und seit 1939 unter Naturschutz stand. Es ging also um ein wertvolles Naturobjekt und zugleich um die Frage, wie viel Sicherheit die Ausweisung als Naturschutzgebiet tatsächlich bot, und so wurden die Pläne

des Schluchseewerks bald aufmerksam verfolgt. Nachdem Einsprüche auf dem Verwaltungswege im Sande verlaufen waren, gründete der Naturschutzwart des Schwarzwaldvereins Fritz Hockenjos 1953 die Arbeitsgemeinschaft Heimatschutz Schwarzwald. Diese Arbeitsgemeinschaft fungierte als Dachverband und ermöglichte anderen Vereinen den korporativen Beitritt, spiegelte jedoch zugleich auch die Auffassung, dass bestehende Organisationen für den Kampf um die Wutachschlucht nicht so recht geeignet waren; Hockenjos hätte ja schließlich auch seinen Schwarzwaldverein mobilisieren können. Die Erfordernisse einer öffentlichen Kampagne standen in Spannung zur inhärenten Trägheit der bestehenden Verbände, die traditionell auf eine freundliche Zusammenarbeit mit der Staatsverwaltung ausgerichtet waren.⁶

Die Auseinandersetzung zog sich über mehrere Jahre hin, und beide Seiten kämpften mit harten Bandagen. Die Arbeitsgemeinschaft machte sich mit Plakaten, Broschüren und Versammlungen sowie einer regen Pressearbeit überregional bemerkbar und ließ keinerlei Kompromissbereitschaft erkennen: »Hände weg von der Wutachschlucht« lautete das Motto der Bewegung. Schon im Januar 1954 sprach das Landeskulturamt des Regierungspräsidiums Südbaden von einer »Volksbewegung zugunsten der Erhaltung der Wutachschlucht«.⁷ Darauf reagierte das Schluchseewerk mit einem Flugblatt, das Fehler in den »Propaganda-Vorträgen« der Arbeitsgemeinschaft behauptete und für »Naturschutz *und* Technik« warb: »Die absolute Verneinung einer Kompromiß-Lösung durch private Naturschützer und der Aufruf zum Boykott dieser Entscheidung ist angesichts des Kampfes so vieler Menschen um Arbeit und Brot als eine Überspitzung des Naturschutzgedankens anzusehen, für die der schaffende Mensch kein Verständnis aufbringen kann.«⁸ Zu einer Protestveranstaltung an der Freiburger Universität karrte das Schluchseewerk gar zwei Busladungen Arbeiter und Angestellte, die sich mit Zwischenrufen bemerkbar machten, was wiederum die Arbeitsgemeinschaft scharf als »Propagandamethoden« attackierte: »Diese Manieren erinnern in fataler

Weise an die Saalschlachtmethoden einer nicht allzu fernen Vergangenheit.«⁹

Der Schatten des Nationalsozialismus hing nicht nur über dem Wutachkonflikt. Stets schwang in der Bundesrepublik bei politischen Kontroversen die unbewältigte Vergangenheit mit: Das Spektrum reichte von einer als ungehörig empfundenen Manipulation der öffentlichen Meinung bis zu Eichmann-Vergleichen im Atomkonflikt.¹⁰ Manchen Augenzeugen der dreißiger Jahre reichte schon der Anblick einer Großdemonstration, um alte Wunden wieder aufzureißen. So ging es bei der Wutachschlucht zugleich um Fragen des demokratischen Verhaltensstils: Was war legitim im Kampf um die öffentliche Meinung, und sollten überhaupt populäre Stimmungen den Ausschlag geben oder nicht besser das Urteil von Funktionseliten, die um die langfristigen Bedürfnisse der Gesellschaft wussten? Im Falle der Wutachschlucht gab es immerhin einen verlässlichen Gradmesser für die Stimmung der Bevölkerung. Die Arbeitsgemeinschaft sammelte nämlich auch Unterschriften gegen das Projekt, und nicht weniger als 185 000 Bürger bekundeten auf diesem Wege ihre Ablehnung des Staudamms.¹¹ Am Ende lenkten Landesregierung und Schluchseewerk um 1960 ein und beschlossen, das Projekt ruhen zu lassen.

In diesem Konflikt war der Muff der fünfziger Jahre noch deutlich zu spüren. Die Demonstrationen der Arbeitsgemeinschaft waren zum Beispiel ziemlich verhuscht: Man veranstaltete lieber »Exkursionen« in der Wutachschlucht. Als Höhepunkt der letzten großen Kundgebung im Mai 1959 sang man gemeinsam das Volkslied »Im schönsten Wiesengrunde«.¹² Etwas forscher waren da jene Menschen, die in dieser Zeit um den Erhalt des Knechtsands kämpften, einer unscheinbaren Sandbank in der Wesermündung. Das war umso bemerkenswerter, als der Konflikt im niedersächsischen Wattenmeer direkt in das Minenfeld der westlichen Verteidigungspolitik in der Zeit des Kalten Kriegs führte. Bedroht wurde der Knechtsand nämlich von Flugzeugen der britischen Luftwaffe, die nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst Helgoland als Zielgebiet für Bombenabwürfe genutzt

hatten. Als die Bundesregierung auf die Rückgabe Helgolands drängte, verlangte die Royal Air Force ein neues Übungsgebiet, und die Wahl fiel auf den Knechtsand. Dieser lag freilich näher an der Küste, und so regte sich in der Region zwischen Bremerhaven und Cuxhaven erheblicher Unmut. Besonders aktiv waren zunächst die Krabbenfischer, die durch das militärische Sperrgebiet auch finanzielle Einbußen erlitten. Sie bekamen daraufhin einen Ausgleich aus dem Bundeshaushalt.¹³

Die Debatte gewann eine neue Qualität, als der Volksschullehrer und Hobbyornithologe Bernhard Freemann eine folgenreiche Entdeckung machte: Der Knechtsand, vom Festland nicht leicht zugänglich und deshalb kaum erforscht, diente im Sommer als Rastplatz für Brandgänse. Die Vögel verbrachten dort die Zeit der Mauser, in der sie für einen knappen Monat flugunfähig und damit wehrlose Opfer der Bomben waren. Im Spätsommer 1954 fanden Freemann und seine Mitstreiter, die sich später in einer Schutz- und Forschungsgemeinschaft Knechtsand organisierten, tausende von Kadavern. Der Befund wurde zum Politikum. Handelte es sich nur um einen Bruchteil der Opfer, da viele Brandgänse durch die Flut aufs offene Meer getragen wurden? Aber wie hoch waren dann die wirklichen Verluste? Freemann ging zunächst von 45 000 toten Brandgänsen aus, bald jedoch von mindestens 70 000, und beide Angaben blieben umstritten. Konnte man den Angaben eines Hobbyornithologen trauen, der zudem ein offenkundiges Eigeninteresse an möglichst spektakulären Zahlen hatte? Die Skepsis führte zu weiteren Untersuchungen, die Royal Air Force richtete eine eigene Brandganskommission ein, und erst nach und nach ergab sich Gewissheit: Der Knechtsand war tatsächlich ein Mauserplatz von europäischem Rang.

Damit wuchs der Protest über den Rahmen der Lokalpolitik hinaus. Die Bomben waren nun ein Problem des Naturschutzes, so dass sich die einschlägigen Stellen bis hoch zur Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege für die Sandbank interessierten. Die Londoner *Times* berichtete, britische Vogelschützer griffen das Thema auf, und 1956 diskutierte in Westminster

das Oberhaus. Bald mischten sich auch Reminiszenzen an den Zweiten Weltkrieg in die Debatte, so etwa in der *Bild*-Zeitung, die das Thema im Oktober 1954 auf ihre Titelseite hob: »Immer wieder Bombenhagel auf deutsches Vogelparadies.« All dies fiel in die Zeit der bundesdeutschen Kontroverse um die Wiederbewaffnung, und so zeigten plötzlich pazifistische Gruppen Interesse an Brandgänsen. Gerne schauten in den Versammlungen auch Vertreter der KPD vorbei. Der Staatsschutz mischte sich unter die Zuhörer und machte sich Notizen.

Ihren Höhepunkt fand die Protestbewegung an einem trüben Sonntag im September 1957. Die Schutz- und Forschungsgemeinschaft lud zu einer spektakulären Demonstration auf dem Knechtsand, die ein erstaunliches Geschick im Umgang mit modernen Massenmedien verriet. 20 bunt geschmückte Kutter brachten 300 Demonstranten und Reporter auf die Insel, Redner standen barfuß auf einer angespülten Holzkiste, und über ihnen flatterte eine große Europafahne im Wind. Im Hafen empfangen Fackelträger die heimkehrenden Kutter. Für den Kampagnenmanager Freemann war die Demonstration, die bundesweit Furore machte, gewissermaßen das Meisterstück. Mit Kompromissen, die Bombenabwürfe nur in der Zeit der Mauser einzustellen, war er nicht mehr zu besänftigen: Er forderte die Ausweisung des Knechtsands als Naturschutzgebiet, die der Regierungspräsident Stade einen Monat später tatsächlich verfügte. Im Februar 1958 ließen die Briten das Auswärtige Amt wissen, dass sie fortan auf die militärische Nutzung des Knechtsands verzichten würden.¹⁴

Wutachschlucht und Knechtsand waren nur die wichtigsten unter den gar nicht so wenigen Orten, an denen in den fünfziger Jahren Umweltkonflikte entbrannten. Das endete allerdings beileibe nicht immer mit einem Sieg. Der Kampf der bayerischen Naturschützer gegen Bergbahnen und Flusskraftwerke war zum Beispiel weitgehend erfolglos.¹⁵ Aber mit dem öffentlichen Streit um solche Projekte und der aufgeschlossenen Reaktion erheblicher Bevölkerungsteile begann doch ein neues Kapitel der deutschen Umweltgeschichte. Schon die Wortwahl ließ in vielen

Fällen eine neue Dringlichkeit erkennen. Die saarländische Gemeinde Kleinblittersdorf, die im Abwind eines Großkraftwerks lag, rief zum Beispiel nach einem behördlichen Einschreiten, »bevor unser einst so blühender Ort durch diesen verheerenden Aschenregen zu einem Pompeji wird und alles menschliche und pflanzliche Leben im Staub erstickt«. ¹⁶ Eine Notgemeinschaft Kleinblittersdorf und Umgebung bündelte hier den Protest der Einwohner, wobei die Dorfgemeinschaft in diesem Fall besonders einig war. Das Staub spuckende Großkraftwerk lag nämlich auf französischem Boden in der Gemeinde Grosbliederstroff, die von Kleinblittersdorf nur durch die Saar getrennt war.

Diese »Notgemeinschaften« – in heutigen Begriffen würde man von »Bürgerinitiativen« sprechen – spiegelten eine allgemeine Belebung des Streits um Umweltprobleme. In Wetter an der Ruhr gründete sich zum Beispiel eine Interessengemeinschaft gegen die Aschenbelästigung des Cunowerkes der Elektromark, in Hamburg ein Notverband gegen Luftverseuchung und in der Umgebung der Eisengießerei Paul Lemmerz in Königswinter eine Interessengemeinschaft der Lemmerz-Geschädigten. Am Feldberg im Schwarzwald protestierte die Gemeinde Menezschwand gegen ein Uranbergwerk und schaffte es sogar, die Förderung von 1963 bis 1972 stillzulegen, ein in der deutschen Bergbaugeschichte nicht gerade häufiges Ereignis. ¹⁷ Auch der Kampf um den Hohen Meißner in Hessen, der von einem Kohlenbergwerk bedroht wurde, endete 1960 mit der Ausweisung als Naturschutzgebiet. ¹⁸ Die Bochumer Stadtverwaltung kämpfte hartnäckig gegen Kleinzechen im Weitmarer Holz im Süden der Ruhrgebietsstadt, um den Wald als Naherholungsgebiet zu sichern. ¹⁹ Im südhessischen Lampertheim kämpfte ein Ausschuss »Rettet die Pfalz« um die Erhaltung des Lorscher Waldes, wo das amerikanische Militär für einen Flugplatz 800 Hektar roden wollte. Als die Lübecker Polizei 1954 in einem Flüchtlingslager zehn Hunde wegen Tollwutgefahr tötete, demonstrierten 1500 Hundebesitzer und Tierfreunde mit einem Protestzug durch die Innenstadt gegen die »Bartholomäusnacht der Hunde«. ²⁰

Gewiss war all dies noch ein gutes Stück von der breiten gesellschaftlichen Mobilisierung entfernt, die sich seit den siebziger Jahren in einer kaum noch zu überschauenden Zahl von Bürgerinitiativen dokumentierte. Manche Konflikte führten zudem zu Ergebnissen, die aus heutiger Sicht rätselhaft wirken. In Menzenschwand verlief sich der Widerstand Anfang der siebziger Jahre, als die Gemeinde ein »Radonbad« plante.²¹ Der Uranabbau ging freilich nie über Explorationen hinaus – die Frage, was noch erlaubte »Untersuchungen« waren und was ungenehmigter »Abbau«, beschäftigte Juristen über Jahrzehnte –, wurde zu Beginn der achtziger Jahre erneut unterbrochen und 1991 endgültig beendet. Als langlebiger erwies sich kurioserweise der Traum vom Radonbad, das im 21. Jahrhundert als »Radon Revital Bad« tatsächlich Wirklichkeit wurde. Was die Menschen in den sechziger Jahren als strahlende Gefahr fürchteten, kostet nun als Wellness ein Eintrittsgeld.²²

Ein Hindernis auf dem Weg zur ökologischen Zivilgesellschaft waren überraschenderweise die etablierten Verbände, die mit dem Unmut der Bürger nicht so recht umzugehen wussten. Bei Basisarbeit hatte man bislang vor allem an Diavorträge und Jahreshauptversammlungen gedacht, und die Unterstützung einer Protestbewegung lief vor diesem Hintergrund auf einen regelrechten Kulturschock hinaus. Zudem hatten viele der »Not-« und »Arbeitsgemeinschaften« Mühe, ihre Arbeit zu verstetigen. Als am Knechtsand die Waffen schwiegen, wuchsen in der Schutzgemeinschaft die internen Spannungen, und am Ende wurde Freemann aus dem Vorstand geworfen und sogar am Betreten der Insel gehindert. Die Arbeitsgemeinschaft Heimatschutz Schwarzwald äußerte sich weiter zu regionalen Themen wie etwa Autobahnplanungen, aber das wirkte nach den Kämpfen der fünfziger Jahre wie ein Nachspann. Hockenjos selbst blieb jedoch weiter aktiv und amtierte von 1970 bis 1979 als Präsident des Schwarzwaldvereins.

Auch den staatlichen Naturschutzbeauftragten fiel es in vielen Fällen schwer, einen Draht zu den neuen Akteuren zu finden. Staatsnähe und autoritärer Habitus, elitäres Selbstverständ-

nis und Skepsis gegenüber den »Massen« – an Stolpersteinen bei der Kommunikation zwischen dem Naturschutz und dem Rest der Gesellschaft fehlte es nicht. Als sich im Rheinland um 1960 der Konflikt um den landschaftszerstörenden Braunkohlentagebau zuspitzte, war ausgerechnet von den Naturschutzbeauftragten nichts zu hören.²³ Ein Referent der Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege intrigierte im Knechtsandkonflikt sogar gegen Freemann – ein Verhalten, dessen Motive der Umwelthistoriker Jens Ivo Engels »nicht leicht zu rekonstruieren« fand.²⁴ Das fein ziselierte Netzwerk der Beauftragten entpuppte sich mithin als Gigant auf tönernen Füßen. Im Prinzip konnte man die Freiräume, die das Amt des Naturschutzbeauftragten bot, auch für eine aggressive Arbeit in enger Verbindung mit der Zivilgesellschaft nutzen. Zum Beispiel leitete Otto Kraus die bayerische Landesstelle für Naturschutz im Stile eines Volkstribuns und segelte dabei hart entlang der zeitgenössischen Toleranzschwellen: Nach Hasenöhrl agierte die Landesstelle »bisweilen fast im Stile einer zivilgesellschaftlichen Institution«, obwohl Kraus sie sieben Jahre lang als Alleinunternehmer führen musste. Aber solches Engagement blieb die Ausnahme.²⁵

Dabei fehlte es den Naturschützern gewiss nicht an rechtlichen Kompetenzen. Das Reichsnaturschutzgesetz galt auch nach 1945 weiter – das Grundgesetz verbot allerdings die entschädigungslose Enteignung –, und so kam es vor allem auf die energische Umsetzung an. Man staunt im Rückblick, was man schon in den ersten Nachkriegsjahrzehnten alles erreichen konnte, wenn man die geltenden Bestimmungen ausreizte. Selbst die Skyline der Bundeshauptstadt Bonn war ein Produkt des Naturschutzes. Als Bundesministerien in den sechziger Jahren mit dem Bau imposanter Hochhäuser in der Rheinaue liebäugelten, legte sich der Bezirksbeauftragte unter Verweis auf eine Landschaftsschutzverordnung quer. Nur im Konflikt mit dem Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier zog der Naturschutz den Kürzeren, und so ragte der »Lange Eugen« jahrzehntelang ziemlich einsam in den Bonner Himmel, bis sich die Deutsche

Post zur Jahrtausendwende mit einem noch höheren Büroturm in die rheinische Landschaft drängte.²⁶ Gern klagten die amtlichen Naturschützer über den Mangel an Personal, aber das war allenfalls die halbe Wahrheit. Die Freiheit der Beauftragten ließ nämlich viel Raum, Schwerpunkte nach eigenem Belieben zu setzen, und so war jede Einheitlichkeit illusorisch. In mehr als einer Region wurde die Naturschutzarbeit zum Spiegel persönlicher Hobbys.

Es fehlte in den fünfziger Jahren aber nicht nur an einer effektiven Verzahnung der verstreuten Aktivitäten, sondern auch an einer eingängigen Philosophie. Nach 1945 hatte es zunächst eine gewisse Renaissance der kulturpessimistischen Zivilisationskritik gegeben, nicht zuletzt übrigens unter Vordenkern der »Sozialen Marktwirtschaft« wie Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke. Bildungsbürger sinnierten noch einmal tiefgründig über den »Fluch den Technik« und den faustischen Drang des Menschen, ein Thema, das noch 1958 in Günthers Schwabs Roman *Der Tanz mit dem Teufel* nachklang, dem ersten deutschen Öko-Bestseller nach dem Krieg.²⁷ Aber seit Mitte der fünfziger Jahre verblasste das Abendland immer mehr: Eine wolkige Fortschrittskritik klang inmitten der materiellen Segnungen der Konsumgesellschaft zunehmend weltfremd.²⁸ Das merkten auch die Vertreter des Naturschutzes, die deshalb ostentativ jedem Antimodernismus abgeschworen: Man wolle, so etwa der sauerländische Naturschutzbeauftragte Wilhelm Lienenkämper, »nicht die romantische Postkutsche wieder hervorholen, sondern voll und ganz in unserer Zeit leben«.²⁹ Aber derselbe Lienenkämper hatte sich 1947 vor den Kreisbeauftragten seines Bezirks noch ganz anders geäußert: »Ist aber nicht die Vergottung der Technik, der Größenwahn des Menschen und der zunehmende Schwund der Ehrfurcht modernes Heidentum? Sind wir denn glücklicher geworden, seitdem wir den Schleier der Schöpfung lüfteten; seitdem wir klug sein wollen wie Gott und wissen was Gut und Böse ist? Ist uns nicht zu Mute wie bei der Vertreibung aus dem Paradiese?«³⁰ Selbst Hockenjos waren solche Gefühle vertraut. In einem Brief an den Kultusminister klagte er einmal,

er führe seinen Kampf um die Wutach »in einer Zeit heilloser materialistischer Verseuchung«.³¹ Seit den fünfziger Jahren war das jedoch nur noch das ferne Echo einer Zeit, in der man mit Klagen über eine sinnentleerte »Zivilisation« unter Bildungsbürgern allgemeines Kopfnicken ernten konnte.

Manches wurzelte noch in dieser Gedankenwelt. Dazu zählte eine Initiative des Hamburger Mäzens Alfred Toepfer, der 1956 in einer vielbeachteten Rede in der Bonner Universität die Schaffung von Naturschutzparks forderte.³² Am Bodensee lud Graf Lennart Bernadotte zu »Rundgesprächen« auf die Insel Mainau, aus denen die »Grüne Charta von der Mainau« vom April 1961 hervorging.³³ Und dann war da noch ein Bundeskanzler, der sich durchaus für die einschlägigen Themen begeistern konnte. Als von den Alliierten eingesetzter Bürgermeister hatte sich Konrad Adenauer 1945 bei den Besatzern unbeliebt gemacht, als er sich weigerte, den Grüngürtel um die Kölner Innenstadt für die Brennholzbeschaffung zu opfern.³⁴ Auch als Kanzler zeigte sich Adenauer umweltbewusst. Auf einem Vermerk über »die gesetzgeberischen Massnahmen zur Reinhaltung der Luft«, den das Bundeskanzleramt im Oktober 1958 für den Kanzler verfasste, notierte Adenauer eigenhändig Zusatzwünsche: »Dringend notwendig« sei »die Einbeziehung der Straßenverkehrs-Auspuffgase«, und außerdem solle man »Maßnahmen gegen Lärm einbeziehen«.³⁵

Als Bewohner des vielbefahrenen Rheintals wusste Adenauer um die Gefahren des Verkehrslärms. Im Juli 1962 erkundigte sich der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland sogar bei seinem Verkehrsminister: »Ich habe den Eindruck, als wenn die durch die Eisenbahnzüge verursachten Geräusche seit Einführung des elektrischen Betriebes zwischen Honnef und Rhöndorf erheblich lauter geworden wären.«³⁶ Tatsächlich war die Höchstgeschwindigkeit auf der Strecke gerade von 100 auf 120 Stundenkilometer erhöht worden – Adenauers Gehör war auch im 87. Lebensjahr noch in Ordnung. Gegenüber dem mächtigen Präsidenten des Bundesverbands der deutschen Industrie Fritz Berg lästerte Adenauer gar: »Wenn ich nicht Vorsitzender der

stärksten Partei innerhalb der Bundesrepublik wäre, würde ich eine Partei gründen gegen den Automobilmus, die noch stärker wäre.«³⁷ Aber das war vielleicht eher Koketterie.

Wie aber kam man von solchen Impulsen zu echten Reformen? Die Grüne Charta von der Mainau führte zur Gründung des Deutschen Rats für Landespflege unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, ein Fachgremium, das bis heute Fragen des Natur- und Umweltschutzes kritisch reflektiert. Etwas paradoxer waren die Folgen der Toepfer'schen Rede. Die Naturschutzszene war über den Vorstoß derart perplex, dass sie hektisch taktierte und das Anliegen des Mäzens geradezu in sein Gegenteil pervertierte. In den Mühlen der Bürokratie wurde Toepfers Idee zu einem Naturparkprogramm eingedampft, das vor allem Tourismus und Naherholung bediente, und die geplanten »Oasen der Stille« wurden zu einem Hort des in Naturschutzkreisen gern beklagten »Rummels«.³⁸ Für große politische Visionen waren die Zeiten noch nicht reif und die Ministerialverwaltungen erst recht nicht. Aber mit begrenzten Ambitionen konnte man durchaus etwas bewegen.

Eine solche Erfolgsgeschichte begann im Mai 1955, als der Direktor des VDI Heinrich Grünewald sowie der Obmann des VDI-Fachausschusses für Staubtechnik zu einer Tagung der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße Wirtschaft fuhren.³⁹ Zwar konnte nach dem Vortrag über Luftverschmutzungsprobleme aus Zeitgründen nicht mehr diskutiert werden, aber so kannte man sich immerhin schon mal. Als wenig später in der Presse über den Gesetzentwurf eines SPD-Abgeordneten berichtet wurde, der auch »eine unabhängige Kommission von Fachleuten« vorsah, wandte sich Grünewald deshalb sogleich an den Generalsekretär der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft Wolfgang Burhenne. Dem VDI erschien eine solche Kommission als unliebsame Konkurrenz zum eigenen Fachausschuss für Staubtechnik, und auch sonst waren die deutschen Ingenieure weiterhin jeder Politisierung abhold. Im gemeinsamen Gespräch entwickelten Grünewald und Burhenne eine folgenreiche Idee. Man beschloss, die

Arbeit an neuen Gesetzen zurückzustellen und stattdessen auf die Entwicklung technischer Richtlinien zu setzen. Welchen Zweck hatten scharf klingende Gesetze, wenn am Ende niemand wusste, wie effizient die Filter sein mussten? Das Ergebnis war die VDI-Kommission Reinhaltung der Luft, die bis heute eine wichtige Rolle in der Entwicklung technischer Standards spielt und wesentlich dazu beigetragen hat, dass Grenzwerte in Deutschland nur selten zum Gegenstand politischer Konflikte wurden – sehr im Unterschied etwa zu den Vereinigten Staaten, wo die Grenzwertsetzung oft durch kostspielige Gerichtsverfahren in die Länge gezogen wurden.⁴⁰

Bemerkenswert war daran nicht nur das Ergebnis, sondern auch das Verfahren. Es war die klassische Honoratiorenpolitik der Adenauerzeit: Zwei mächtige Männer trafen sich zum Gespräch unter Männern und schmiedeten einen Kompromiss, der beiden Seiten diene. Geschickt verband die Übereinkunft zwischen Grünewald und Burhenne das Interesse der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft an der Bekämpfung der Luftverschmutzung mit den Professionsinteressen der Ingenieure. Das Bündnis bestand schon bald seine erste Bewährungsprobe, als der Bundesverband der deutschen Industrie die VDI-Kommission an die Kette zu legen suchte: Die Sache habe schließlich, so das Argument der Industriellen, »nicht nur eine technische, sondern auch in ganz erheblichem Umfange eine wirtschaftliche Seite«. Das traf den Stolz der Ingenieure, die keinesfalls als »verlängerter Arm der Industrie angesehen« werden wollten. Demonstrativ forderte Grünewald »eine paritätische Zusammensetzung« der Ausschüsse, und im Übrigen sei es ja das Ziel, »Konventionen zu erreichen und nicht irgend jemandem Bestimmungen aufzuerlegen«.⁴¹ Der Vorstoß scheiterte, und damit zeigte sich, dass es tatsächlich Kräfte gab, die ein Interesse an solider, unparteiischer »Gemeinschaftsarbeit« hatten. Mit dem Fachausschuss für Staubtechnik hatte der VDI in der Zwischenkriegszeit einen ersten Schritt in Richtung Korporatismus gemacht, aber erst mit der VDI-Kommission wurde aus einer unverbindlichen Versammlung eine politische Instanz.